

Petra Crone, MdB

Grußwort



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

rückblickend war 2015 kein leichtes Jahr. Wir leben in ersten Zeiten. Demokratie und Frieden, Chancen für viele und soziale Gerechtigkeit sind nicht auf immer gesichert, und alles muss neu errungen werden. Umso mehr bin ich den zahllosen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie den Organisationen dankbar, die sich bis zur Erschöpfung für die Flüchtlinge engagieren und ihnen den Neuanfang bei uns erleichtern.

Der zerrissene Zustand, in dem sich das große Friedensprojekt, unser Europa, befindet, bereitet mir Sorge. Wir dürfen es nicht den Populisten und Egoisten überlassen, die sich fernab jeglicher Vernunft bewegen und offen Rassismus predigen. Übersteigerter Nationalismus, Intoleranz und Rassismus haben die Menschen immer ins Chaos und immer ins Elend geführt.

Deshalb brauchen wir mehr denn je Menschlichkeit und Zusammenhalt statt Spaltung, Integration statt Ausgrenzung, Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen den Staaten statt Nationalismus.

Sigmar Gabriel hat in seiner Parteitagrede in Berlin ein Programm der SPD für gesellschaftlichen Zusammenhalt angekündigt. Ein Programm, das beweist, dass wir niemanden zurücklassen oder verdrängen. Ein Programm, das Leben und die Teilhabe am Wohlstand in Deutschland für alle wieder ermöglichen will. Das findet meine vollste Unterstützung. Im nächsten Jahr werde ich als zuständige Fachpolitikerin der SPD-Bundestagsfraktion das Gesetz für Frauen und Männer mit auf den Weg bringen, welches endlich für gleichwertige Arbeit gleichen Lohn schafft.

Liebe Leserinnen und Leser, nun stehen die Feiertage vor der Tür und ich hoffe für uns alle, dass wir diese Tage friedlich und in Gemeinschaft verbringen können; eher leise als laut, dankbar, fröhlich und hoffnungsvoll. Das wäre doch ein schöner Jahresabschluss für ein turbulenten Jahr und ein guter Start in das Jahr 2016. Das wünsche ich Ihnen.

Ihre
Petra Crone, MdB



Inhalt

Berlin

Wie der demografische Wandel gelingen kann	Seite 3
Zwei weitere Jahre im SPD-Bundesvorstand	Seite 4
Pflege und Kommunen im Zeichen der Demografie	Seite 5
Früh übt sich	Seite 5
Besuchergruppen aus dem Wahlkreis	Seite 6
MdB trifft THW in Berlin	Seite 6
Zwölf Punkte für Zusammenhalt und Integration in Deutschland	Seite 7
Es braucht eine Gesamtstrategie aus politischen, humanitären und militärischen Komponenten	Seite 8

Wahlkreis Aktuell

Neuregelung der Sterbehilfe	Seite 9
Von Weggefährten und Konkurrenten	Seite 10
Zu Gast bei der preiswürdigen GEDIA Automotive Group	Seite 11
25 Jahre Radio MK	Seite 11
Michael Brosch ist neuer Bürgermeister in Halver	Seite 12
„Die Neue“ ist da	Seite 12
Lesen ist und macht stark!	Seite 13
Vorbildliche Arbeit der Johanniter	Seite 13
Unterricht im Grünen	Seite 13
40 Jahre SPD-Kreisverband Olpe	Seite 14
Der rollende Bundestag	Seite 14
Ehrung für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe	Seite 14
Weltkindertag mit Flüchtlingskindern	Seite 15
Termine	Seite 15
Ein großes Geschenk ... eingewickelt in 100.000 Quadratmeter aluminiumbedampfte Stoffbahnen	Seite 16
Trauer um „unseren“ Helmut Schmidt	Seite 17



Begrüßung der mehr als 260 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Kommunen.

Wie der demografische Wandel gelingen kann

Großartiger Erfolg und großartige Beteiligung beim ersten Demografie-Kongress der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin, der unter dem Motto „Gesellschaft neu denken“ stand.

Erstmals trafen sich im November über 260 Vertreterinnen und Vertreter aller staatlichen Ebenen, der Wirtschaft, der Sozialpartner, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin. Im Vordergrund des Demografie-Kongresses stand die Gestaltung des Bevölkerungswandels in Bezug auf Fachkräftesicherung, Alterssicherungssysteme und Daseinsvorsorge in den Kommunen. Die aktuelle Flüchtlingsdynamik wurde dabei vor allem als Chance gesehen.

Wir verstehen den demografischen Wandel als Querschnittsaufgabe, die vor allem mittel- und langfristige Lösungen in Bund, Ländern und Kommunen erfordert. Er beeinflusst das Arbeitskräfteangebot und damit die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und unserer Sozialsysteme.

Gerade Kommunen mit einem Bevölkerungsrückgang müssen rechtzeitig Strategien entwickeln, um Strukturen der Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. Dies gilt beispielsweise im öffentlichen Personennahverkehr oder bei der Betreuung und Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Die Gestaltung des demografischen Wandels muss daher durch eine abgestimmte

Frauenpower auf dem Podium mit den Ministerinnen Schwesig, Özoğuz und Nahles.



Petra Crone, Ihr MdB für

Märkischer Kreis

KREIS
OLPE

Regional- und Stadtentwicklungspolitik begleitet und durch eine entsprechende Förderung unterstützt werden. Für die SPD sind Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Kernforderungen. So setzen wir uns für die Stärkung der Familien ein, beispielsweise durch das bereits eingeführte ElterngeldPlus oder das geplante Entgeltgleichheitsgesetz, mit dem die Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern hergestellt werden soll. Das Miteinander von Menschen unterschiedlichster Herkunft und die Unterstützung zwischen den Generationen – auch über räumliche Distanzen hinweg – tragen entscheidend zum Wohlergehen in unserer Gesellschaft bei. Wir sind davon überzeugt, dass die jetzt in die Integration von Flüchtlingen eingebrachten Investitionen auf längere Sicht für uns alle Früchte tragen werden. Es geht darum Horizonte zu erweitern und Grenzen verschwinden zu lassen – das ist für uns gelebte Willkommenskultur.

Wir setzen uns gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft für eine breit angelegte Bildungs- und Ausbildungsqualifizierungsoffensive für die Fachkräftesicherung



SPD-Vorsitzender und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

und die Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt ein. Um diese Herausforderungen zu meistern, braucht es Kraftanstrengungen auf allen Ebenen. Die SPD setzt sich für ein Handeln mit Weitblick ein, damit Deutschland dem demografischen Wandel gelassen entgegenblicken kann. Ich würde es begrüßen, wenn wir Veranstaltungen wie den Demografie-Kongress aufgrund des riesigen Interesses wieder durchführen würden.

Zwei weitere Jahre im SPD-Bundesvorstand

Auf dem ordentlichen Bundesparteitag in Berlin waren am 11. Dezember 2015 auch die Mitglieder des SPD-Parteivorstands zu wählen. Ich bin mit einem sehr guten Ergebnis erneut in den Vorstand der Bundes-SPD gewählt worden. Unter den insgesamt 25 Beisitzerinnen und Beisitzern für den Parteivorstand erhielt ich 386 Stimmen im ersten Wahlgang.

Das notwendige Quorum im ersten Wahlgang lag bei 296 Stimmen. Ich freue mich über das entgegengebrachte Vertrauen und werde die Aufgaben im Willy-Brandt-Haus für eine politische Gestaltung der Herausforderungen des demografischen Wandels weiterführen.

Mit den Delegierten der südwestfälischen SPD.





Kommunen mit guter Pflege-Infrastruktur sind attraktiver.

Pflege und Kommunen im Zeichen der Demografie

Bei der Pflegekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion ging es am 24. November im Reichstagsgebäude um die Frage, wie die Kommunen sich in Zukunft aufstellen müssen. Denn es ist eine zentrale Herausforderung für unsere Städte, Landkreise und Gemeinden eine pflegefreundliche Infrastruktur herzustellen. Für eine möglichst gute Lebensqualität soll Pflegebedürftigen ein hoher Grad an Selbstständigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden.

Wie müssen sich die Kommunen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels hier aufstellen? Was brauchen sie, um Pflegebedürftige hinsichtlich gesellschaftlicher Teilhabe zu unterstützen? Wie kann der flächendeckende Ausbau einer bedarfsgerechten und individuellen Pflegeberatung gelingen? Diese und weitere Fragen diskutierte die SPD-Bundestagsfraktion mit den Teilnehmern, die der Einladung zur Konferenz „Pflegefreundliche Kommune“ gefolgt waren.



Kari Lenke traf auch Thomas Oppermann.

Früh übt sich ...

Kari Lenke aus Herscheid kam nach Berlin, um an den Jugendpresstagen der SPD-Bundestagsfraktion teilzunehmen und die 16-jährige war begeistert. Und ich war beeindruckt, mit welchem Elan die Schülerin des Lüdenscheider Zeppelin-Gymnasiums das umfangreiche Programm meisterte.

Gespräche mit Journalisten, Begegnungen mit Politikern und Diskussionen standen auf der Agenda. „Drei Tage waren viel zu kurz“, sagte sie zum Schluss und fuhr mit vielen neuen Eindrücken nach Hause. Vielleicht lesen wir in ein paar Jahren ihre Artikel?

Der Journalismus von morgen ist auf junge Menschen angewiesen, die politisches Handeln kritisch begleiten und hinterfragen. Denn ohne sie wird es unsere Demokratie in Zukunft schwer haben.



Starke Gruppe: 60 SchülerInnen der Christliche Realschule Lüdenscheid.



Gleich zwei Schülergruppen ...



Im Oktober kam die letzte BPA-Gruppe in diesem Jahr nach Berlin. Bunt gemischt: Sänger, Jugendparlament und Lehrer.



... der Realschule Halver, interessiertes „Doppel“.

Besuchergruppen aus dem Wahlkreis

Dies sind nur einige der Gruppen, die mich im Laufe des letzten halben Jahres in Berlin besucht haben.

Es waren noch viel mehr. Über alle habe ich mich gefreut und auch für 2016 haben sich schon sehr viele Gruppen angemeldet.

MdB trifft THW in Berlin

Die Gelegenheit zum Parlamentarischen Frühstück mit Funktionsträgern des THW habe ich auch in diesem Jahr wieder sehr gerne wahrgenommen.

Neben dem Präsidenten der THW-Bundesvereinigung Stephan Mayer MdB (links) und meinem Bundestagskollegen Willi Brase haben sich THW-Präsident Albert Brömme und Vizepräsident Gerd Friedsam in Berlin eingefunden.



Integration

Zwölf Punkte für Zusammenhalt und Integration in Deutschland

Die deutsche Gesellschaft verändert sich. Viele Menschen, die jetzt als Flüchtlinge kommen, werden als neue Bürgerinnen und Bürger bleiben. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, die Staatsministerin für Integration Aydan Özoğuz und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (alle SPD) haben ein gemeinsames Papier zur Integration verfasst. Darin stellen sie einen „Integrationsplan Deutschland“ auf.

Die zwölf Punkte des Integrationsplanes:

1. Wir wollen die Chancen von Bildung für die Integration nachhaltig und umfassend nutzen und daher das Kooperationsverbot für Bildung im Grundgesetz jetzt abschaffen. Wir brauchen einen Zukunftspakt von Bund und Ländern für die Finanzierung eines umfassenden Programms für Integration und demografischen Wandel. Unser Ziel sind mehr Chancen und bessere Teilhabe für alle.
2. Wir wollen Integration fördern, wir müssen sie aber auch einfordern. Dabei gilt: Alle Menschen sollen in Deutschland frei und sicher leben können. Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der die Menschen- und Bürgerrechte garantiert, wie sie in den Artikeln 1 bis 20 des Grundgesetzes formuliert sind.
3. Wir wollen auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit das gute Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen. Dafür wollen wir eine Charta für Demokratie und Vielfalt vorlegen, die von Politik, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft getragen wird.
4. Wir wollen positive Identifikationsangebote für Zuwanderer stärken. Hierzu wollen wir ein bundesweites Patenschaftsprogramm „Wir in Deutschland“ mit Partnern aus dem Stiftungssektor und der Wirtschaft starten.
5. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement für den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken und eine Deutsche Stiftung Ehrenamt ins Leben rufen. Das Präventionsprogramm „Demokratie leben!“ wollen wir verstärken.
6. Wir wollen 80.000 zusätzliche Kita-Plätze und 20.000 zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher schaffen. Das hilft Flüchtlingskindern genauso wie allen anderen Kindern und Familien. Dafür soll der Bund die Länder und Kommunen zusätzlich unterstützen, um Kitaplätze und Erzieherinnen und Erzieher in ausreichender Zahl für alle Kinder anbieten zu können.
7. Wir wollen mit dem Ausbau der Ganztagsangebote die Integration von allen Schulkindern fördern. Dafür sind vor allem zusätzliche Lehrkräfte und auch mehr Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter notwendig. Dafür wollen wir mit einer Ganztagsschul-Offensive zusätzliche Mittel des Bundes bereitstellen.
8. Wir wollen, dass Flüchtlinge Sprachkurse und Maßnahmen zum Arbeitsmarkteinstieg parallel – und nicht wie bisher hintereinander – absolvieren können.
9. Wir wollen qualifizierten Zuwanderern einen schnellen Berufseinstieg über schnelle und unbürokratische Anerkennung von Qualifikationen ermöglichen. Jungen Flüchtlingen wollen wir angepasste Einstiegsprogramme in die berufliche Ausbildung und einen einfachen Zugang über Arbeitsgelegenheiten bieten. Wir wollen den Arbeitsmarktzugang durch sichere Aufenthaltstitel für Flüchtlinge in Ausbildung erleichtern.
10. Wir wollen zugleich und in gleichem Maße die Initiativen gegen Langzeitarbeitslosigkeit verstärken und allen Menschen neue Chancen geben, die Arbeit suchen.
11. Der Bund wird bei der Förderung des Wohnungsbaus eigene Kompetenzen stärker nutzen. Gegebenenfalls müssen auch neue Kompetenzen geschaffen werden, die die Vorschriften der Länder ergänzen. Der Bund wird seine Mittel in den kommenden fünf Jahren aufstocken. Wir wollen darüber hinaus zusätzliche Anreize für den Neubau bezahlbaren Wohnraums in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt setzen, etwa mit einer regional begrenzten und zeitlich befristeten AfA. Über die Ausgestaltung muss mit den Ländern entschieden werden. Das Baurecht soll schlanker werden, wo durch Vorschriften vermeidbare Kostensteigerungen entstehen.
12. Wir wollen das Programm Soziale Stadt zu einem Leitprogramm der sozialen Integration in den Quartieren ausbauen und die Mittel dafür aufstocken.

Die vier SPD-Politikerinnen betonen in ihrem Konzept: „Bei allen Anstrengungen, die uns ein Integrationsplan für Bildung, Arbeitsmarkt, Stadtentwicklung, Gesellschaft und Kultur in den nächsten Jahren abverlangen wird, muss uns ein Gedanke bestärken: Soziale, solidarische Politik dient nie nur dem einzelnen oder einer bestimmten Gruppe. Sie kommt letztlich allen zugute, macht unser Land lebenswerter und sichert den sozialen Frieden.“

Hier ist das Papier in Gänze nachzulesen:

http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/integrationsprogramm_final.pdf



Prozedere bei namentlichen Abstimmungen. © Thomas Trutschel photothek.net

Bundespolitik

Es braucht eine Gesamtstrategie aus politischen, humanitären und militärischen Komponenten

Die Anschläge vom 13. November galten nicht nur Frankreich, sondern uns allen. Sie richteten sich gegen unsere Werte und unsere Art zu leben. Für mich ist klar, dass es keine isolierte militärische Lösung geben kann, um den Islamischen Staat einzudämmen. Nach einem schwierigen Abwägungsprozess, der viele Stunden Diskussion über rechtliche Fragen und die Frage der politischen Einschätzung einschloss, halte ich den Einsatz der Bundeswehr für angemessen und politisch vertretbar, weil er eben nicht isoliert stattfindet. Niemand unterstützt militärische Mittel leichtfertig.

Es ist der richtige Weg in der Solidarität mit Frankreich, aber auch in der Solidarität mit den Menschen in Syrien. Wir brauchen eine kluge Strategie mit mehreren Komponenten. Die Bundesregierung engagiert sich politisch und humanitär mit ganzer Kraft. Es war Außenmi-

nister Steinmeier, der die syrischen Konfliktparteien in Wien an einen Tisch bekommen hat. In Wien muss die Frage geklärt werden, wie es mit Syrien, wie es mit Assad weitergeht. Es kann letztlich nur eine politische Regelung für Syrien geben. Das geht nur mit Verhandlung, Geduld, Diplomatie und Ausdauer.

Wir helfen aber auch den Menschen in der Region, den Flüchtlingen, den Binnenvertriebenen aus Syrien und dem Irak, indem wir große Summen für die humanitäre Arbeit bereitstellen. Es braucht auch Lösungen, wie das Finanzsystem des Islamischen Staates ausgetrocknet und die Hintermänner offengelegt werden können. Auf Dauer sind die besten Mittel im Kampf gegen jeglichen Terrorismus aber unser Eintreten als Gesellschaft für Respekt, Freiheit und soziale Demokratie. Hier sind wir alle gefordert.



Im September war ich auf Einladung der Ökumenischen Hospizgruppe Halver und der Gruppe „Die Arche Lüdenscheid“ im Kulturbahnhof Halver als Podiumsteilnehmerin zu Gast.

Neuregelung der Sterbehilfe

In vielen Gesprächen und Podiumsdiskussionen in meinem Wahlkreis wurde regelmäßig darauf hingewiesen, dass keine gesetzlichen Änderungen notwendig sind. Im Gegenteil, durch neue Strafordnungen könnten gewissenhafte Mediziner sogar juristisch zur Rechenschaft gezogen werden. Ich möchte keinen Arzt oder keine Ärztin bestraft wissen, weil er oder sie Menschen auch im Rahmen ihres Sterbens hilft.

Während ich mich aufgrund dieser vielen Diskussionen den Initiatoren des Antrags „Keine neuen Straftatbestände bei Sterbehilfe“ und somit keiner Gesetzesänderung angeschlossen habe, beschloss das Parlament jedoch am 6. November ein Gesetz, in dem folgende Punkte verankert sind:

- Nach dem beschlossenen Gesetzentwurf steht nicht nur der gewinnorientierte sondern jeder geschäftsmäßig assistierte Suizid unter Strafe.
- Sterbehilfevereine sind damit endgültig nicht erlaubt.
- Angehörige und besonders nahestehende Person werden für eine Suizidbeihilfe nicht bestraft.

- Ärzte sollen regelmäßig straffrei bleiben. Unklar ist die Bewertung wiederholter Suizidbeihilfe durch Ärzte.

Ich hoffe, dass damit vor allen Dingen den Betroffenen – nämlich den sterbenden Menschen – geholfen wird. Ebenfalls Anfang November wurde mit großer Mehrheit das Gesetz zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung und damit ein wichtiger Baustein zur Versorgung schwerkranker und sterbender Menschen verabschiedet. Diese Hilfe wird nun – und das ist besonders wichtig für unseren ländlichen Raum in Südwestfalen – flächendeckend ausgebaut. Dabei steht im Mittelpunkt, die Schmerzen zu lindern und Menschen im Sterben würdevoll zu begleiten, in Pflegeheimen etwa oder Hospizen.

Das Thema Sterbehilfe fand auch hier in der Bevölkerung große Resonanz.



Dr. Hofmann berichtet aus dem Leben der beiden Altkanzler.

Von Weggefährten und Konkurrenten

Ende Oktober konnte ich gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Dr. Gunter Hofmann, Autor und Journalist sowie „ZEIT“ Chefkorrespondent in Berlin, als Gast im Roten Saal des Lüdenscheider Kulturhauses begrüßen. Sein Buch „Willy Brandt und Helmut Schmidt. Geschichte einer schwierigen Freundschaft“, stand im Mittelpunkt des Abends und bot nicht nur einen geschichtlichen Rückblick, sondern auch höchst spannende Einblicke in die Persönlichkeiten der beiden SPD-Altkanzler.

Mehr als 100 Zuhörer kamen zu der Lesung, die eine spannende Rückschau aus erster Hand wurde. Gunter Hofmann begnügte sich nicht damit, aus seinem Buch zu lesen, sondern beschrieb auch auf höchst interessante und teils auch humorvolle Weise diese beiden Männer, von denen er Helmut Schmidt persönlich kannte. Immerhin hat er einige Jahre an der Seite des etwas „sperrigen alten Herrn“ bei der Zeitung „DIE ZEIT“ zusammengearbeitet.



Ich freue mich, dass ich Dr. Gunter Hofmann zu einer weiteren Veranstaltung in größerem Rahmen erneut in Lüdenscheid begrüßen kann. Am 19. Januar 2016 wird er um 19 Uhr gemeinsam mit Prof. Dr. Peter Brandt, Professorin Dr. Tatjana Zimenkova und mir an einer Podiumsdiskussion teilnehmen, die von Matthias Bongard moderiert wird. Die Frage, mit der sich diese Veranstaltung beschäftigt, lautet: Volk ohne Wähler – Gefahr für die Demokratie?

Sie sind alle herzlich eingeladen (siehe Seite 15 und 16).

Gunter Hofmann
Willy Brandt und Helmut Schmidt.
Geschichte einer schwierigen Freundschaft.
Erschienen im Verlag dtv, 336 Seiten
ISBN 978-3-423-34860-7 | € 12,90



Betriebsratsvorsitzender Thorsten Wottrich (links) begleitet mich mit Gedia-Geschäftsführer Markus Schaumberg (2. v. links).



Statement direkt ins Reine gesprochen.

Zu Gast bei der preiswürdigen GEDIA Automotive Group

Kürzlich besuchte ich die Firma GEDIA Automotive Group in Attendorf. Nachdem ich erfahren hatte, dass der Betriebsrat der Firma mit einem Präventionsprojekt für den Betriebsräte-Preis 2015 nominiert war, wollte ich mich selbst von dem Projekt überzeugen.

Der Betriebsrat des Unternehmens beschäftigt sich intensiv mit der Frage, wie Kollegen und Geschäftsleitung für das Thema Stress sensibilisiert, wie „Hauptstressoren“ identifiziert und welche konkreten Maßnahmen eingeleitet werden können. Es entstand die Idee, einen „Stresstunnel“ zu gestalten.

Mit mobilen Wänden, die beschriftet und bebildert wurden, entstand ein Parcours an dessen Wänden die Mitarbeiter ihre persönlichen Faktoren für Stress notieren können. Die Resonanz bei Arbeitnehmern und Geschäftsführung war überaus positiv.

25 Jahre Radio MK

Leider konnte ich nicht zum Tag der offenen Tür von Radio MK nach Iserlohn fahren. Umso mehr habe ich mich gefreut, dass sich Chefredakteur Holger Jahnke ein paar Tage später Zeit für einen Besuch in den neuen Räumlichkeiten am Poth 1 des beliebten Senders genommen hat.

Die Gelegenheit direkt zu verfolgen, wie von Johannes Ehrlich die Nachrichten verlesen wurden und wie Hanno Grundmann schwungvoll die Songs, das Wetter und die Verkehrshinweise präsentierte, boten einen sehr interessanten Einblick in die Arbeit eines Rundfunksenders. Sicher werde ich immer wieder gerne auf Anfrage meine „Statements“ durch den Äther an die „Märker“ schicken.

Mit dem Team von Radio MK.



Nach den Bürgermeisterwahlen: Ein erster gemeinsamer Termin beim THW Halver.

Michael Brosch ist neuer Bürgermeister in Halver

Zu einem ersten gemeinsamen Termin traf ich im November mit dem neuen Bürgermeister und meinem Genossen Michael Brosch in Halver zusammen. Nach einem Gespräch in seinem Amtszimmer im Halveraner Rathaus besuchten wir gemeinsam das THW und informierten uns über die Arbeit der THW Jugendgruppe.

Gefreut haben wir uns über die Begeisterung der jungen THWler, die ganz bei der Sache sind, wenn es um Übungen am schweren Gerät geht. In dieser Gemeinschaft fühlen sie sich sichtbar gut aufgehoben. Eine gute Grundlage für den späteren ehrenamtlichen und hauptamtlichen Einsatz für die Gesellschaft.



Unterstützer von Michael Brosch bei seiner Wahl: Gordan Dudas, MdL, Landesfamilienministerin Ute Schäfer und Kreistagsmitglied Uli Duffe bei einem Kitabesuch in Halver.

„Die Neue“ ist da

Bereits im August habe ich Gudrun Gerhardt, die neue erste Bevollmächtigte der IG-Metall Märkischer Kreis, zu einem ersten Gedankenaustausch in ihrem Lüdenscheider Büro getroffen. Ich freue mich, dass eine der fünf weiblichen, von insgesamt 38 Führungskräften bei der IG-Metall NRW, jetzt Chefin in Lüdenscheid ist.

Wir bleiben in Kontakt. Das war unser gemeinsamer Wunsch.





Hier wie dort fand ich die Aufmerksamkeit meiner kleinen Zuhörerinnen und Zuhörer.

Lesen ist und macht stark!

Anlässlich des bundesweiten Vorlesetages am Freitag, den 20. November, einer Initiative von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bank Stiftung, war ich in diesem Jahr wieder zu Gast im Kinosaal der Stadtbücherei Lüdenscheid und danach im Kindergarten „Rappelkiste“ in Kirchhundem-Würdinghausen. Dieser Tag soll besonders Kindern das Lesen näher bringen und sie dazu motivieren, selbst zu Büchern zu greifen und die darin verborgene Welt zu entdecken.

Die Mädchen und Jungen lauschten den Geschichten „Leon Pirat“ und „Höchste Zeit, Herold“ vergnügt und sehr aufmerksam. Die Bilder konnten sie auf der Leinwand verfolgen. Wie immer hatte ich für jede Gruppe ein Buch für die jeweiligen Kindergartenbüchereien im Gepäck. Da können dann alle noch einmal die Geschichten mit den tollen Bildern ansehen.



Petra Crone, Ihr MdB für



Oliver Branscheid, Einsatzleiter der Johanniter, führte uns durch die ehemalige Grundschule.

Vorbildliche Arbeit der Johanniter

Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Dr. Matthias Heider von der CDU besuchte ich im September die Flüchtlings-Notunterkunft in der Hermann-Gmeiner-Grundschule in Lüdenscheid. Wir wollten uns vor Ort ein Bild davon machen, wie die Flüchtlinge dort betreut werden. Begleitet haben uns Bürgermeister Dieter Dzewas und Vize-Regierungspräsident Volker Milk, der wie ich davon ausgeht, dass sich die Flüchtlingssituation vorläufig nicht entspannen wird. Oliver Branscheid, Einsatzleiter der Johanniter, führte uns durch die ehemalige Grundschule. Sein Bericht war beeindruckend. Er erlebt das Leid der Menschen und muss gleichzeitig für einen geordneten Ablauf der Aufnahme sorgen. Einmal mehr wurde uns deutlich, dass diese Arbeit ohne den großen Einsatz der ehrenamtlichen Helfer nicht zu bewältigen wäre.

Unterricht im Grünen

Es gibt Termine, die machen einfach immer Spaß. Sogar im sauerländischen Landregen. Dazu gehören die jährlich stattfindenden Waldspiele, die Axel Dohmen, Leiter der Waldschule des Märkischen Kreises, organisiert und an denen sich auch im Märkischen Kreis zahlreiche Schulklassen mit Lehrerinnen und Lehrern und auch Eltern beteiligen.



Thomas Gosmann (stellv. Bürgermeister Drolshagen), Jutta Hecken-Defeld, Angelika König, Bernd Banschkus (SPD KV Vorsitzender).

40 Jahre SPD-Kreisverband Olpe

In einer kleinen Feierstunde erinnerte der SPD-Kreisverband Olpe an seine Gründung als eigenständiger Unterbezirk vor 40 Jahren. Der heutige Vorsitzende der Kreis-SPD Bernd Banschkus begrüßte seine Vorstandskollegen und mich im Heimathaus in Drolshagen, sowie die Kandidatinnen und Kandidaten zur Bürgermeisterwahl im September.

Nach nunmehr sechs Jahren als Abgeordnete in Berlin für den Kreis Olpe bin ich heimisch geworden, woll?



Auch der Bürgermeister Christian Pospischil (links) besuchte die Ausstellung.

Der rollende Bundestag

Mitte November war die Wanderausstellung des deutschen Bundestages in Attendorn zu Besuch. Auf meine Initiative konnte die Ausstellung im Rathaus der Hansestadt unterkommen. Dafür danke ich sehr herzlich dem Hausherrn Bürgermeister Christian Pospischil. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass mehrere Schulklassen aus Attendorn und Umgebung den Weg zur Ausstellung gefunden haben. Dort konnten sie sich über die Arbeit und die Geschichte des Bundestages informieren. Besonders heute ist es wichtig, dass wir unseren Kindern die Werte von Demokratie und Parlamentarismus näher bringen.

Ehrung für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe



Evangelia Kasdanastassi bei ihrer Ehrung im Reichstag.

Rolf Puschkarsky, Vorsitzender des Sozialen Bürgerzentrums „Mittendrin“ und der AWO Meinerzhagen, erhielt stellvertretend für viele Ehrenamtliche in der Meinerzhagener Flüchtlingshilfe durch mich eine schöne Urkunde und eine Ehrennadel von der Bundes-SPD für ihr starkes Engagement.

Auch Evangelia Kasdanastassi wurde für ihren ehrenamtlichen Einsatz für Flüchtlinge ausgezeichnet und konnte neben der Auszeichnung auch ein Erinnerungsfoto mit Sigmar Gabriel mit nach Hause nehmen.



Flüchtlinge aus Damaskus waren beim großen Weltkindertags-Fest dabei.



Bürgermeister Dieter Dzewas und ich haben gerne mitgespielt.



Bundestagspräsident Lammert und der Künstler Christo. © Deutscher Bundestag / Achim Melde

Weltkindertag mit Flüchtlingskindern

Schon zum zehnten Mal war der Kölner Spielzirkus im September auf dem großen Kinderfest in Lüdenscheid anlässlich des Weltkindertages zu Gast. Ein Fest, das in diesem Jahr mit dem Schicksal vieler Flüchtlingskinder verbunden war, von denen auch einige dabei waren. Ich konnte auf dem Fest eine der Flüchtlingsfamilien kennenlernen, die zwei Tage zuvor in der Notunterkunft am Dickenberg in Lüdenscheid eingetroffen waren. Betreut wurden sie von Jan Schimanski, der bei den Johannitern für den Sprachunterricht sorgt.

Ich danke dem Kinderschutzbund Lüdenscheid stellvertretend für alle beteiligten Akteure für die großartige Organisation dieses bunten Spektakels.

Bürgermeister Dieter Dzewas und ich durften wieder mitspielen. Allen hat es riesigen Spaß gemacht.

Ein großes Geschenk ... eingewickelt in 100.000 Quadratmeter aluminiumbedampfte Stoffbahnen

Vor 20 Jahren, im Sommer 1995, hat Christo gemeinsam mit seiner Frau Jeanne-Claude in Deutschland und weltweit mit großer Aufmerksamkeit verfolgte Kunstprojekt „Verhüllter Reichstag“ realisiert. Mehr als fünf Millionen Menschen besuchten den „Wrapped Reichstag“ während der Projektdauer vom 24. Juni bis zum 7. Juli 1995. Anschließend begann der Umbau

des Reichstagsgebäudes für den vier Jahre später durchgeführten Umzug des Deutschen Bundestages von Bonn nach Berlin.

20 Jahre nach der Verhüllung wird im Reichstagsgebäude eine Ausstellung über das Projekt zu sehen sein, die Christo selbst gestaltet hat. Gezeigt werden Originalteile, Dokumente, Modelle, Fotos und Skizzen. Sie wird Besuchern bei Führungen durch das Haus zugänglich sein.

TERMINE

19.01.2016, 19.00 Uhr
 Roter Saal, Kulturhaus Lüdenscheid
 Diskussionsveranstaltung: „Volk ohne Wähler – Gefahr für die Demokratie?“

Mit:
 Dr. Gunter Hofmann, Autor und Journalist

Prof. Dr. Peter Brandt, Historiker,
 Lehrgebiet „Geschichte der Europäischen
 Moderne“ an der Fernuniversität Hagen

Prof. Dr. Tatjana Zimenkova,
 Institut für Philosophie und Politikwissenschaft
 an der TU Dortmund

Matthias Bongard, Fernseh- und Rundfunk-
 moderator

21.01.2016, 10.00 bis 11.30 Uhr
 Bürgersprechstunde in Olpe!
 Am 21. Januar stehe ich zwischen 10.00 und 11.30 Uhr allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartnerin in meinem Wahlkreisbüro in Olpe, Frankfurter Straße 9, zur Verfügung. Interessenten melden sich zur besseren Planung bitte unter 02761-9423225 bei meinem Mitarbeiter Heiko Becker an.

29.02.2016, ganztätig
 Fachtagung: „Gesund, na(h) gut!
 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“

Veranstalter Friedrich-Ebert-Stiftung und
 Petra Crone MdB mit dem Arbeitskreis
 Demografie – lebenslanges Lernen

Ev. Tagungs- und Bildungsstätte Haus Nordhelle,
 Zum Koppkopf 3, 58540 Meinerzhagen



Helmut Schmidt im Deutschen Bundestag. © Deutscher Bundestag / Presse-Service Steponaitis

17

Trauer um „unseren“ Helmut Schmidt

Am 10. November 2015 ist Helmut Schmidt im Alter von 96 Jahren in Hamburg gestorben. Er war bis zuletzt ein Ratgeber und scharfer Beobachter unserer Zeit. Er wurde bei uns und in der Welt geachtet und respektiert. Seine politischen Einschätzungen kamen aus seiner inneren Überzeugung heraus, ungeschminkt

und auch schon mal umstritten. Seinen Spitznamen „Schmidt Schnauze“ erhielt er aufgrund sehr emotionaler und leidenschaftlicher Wortgefechte im Deutschen Bundestag.

Er hat nicht nur das Krisenmanagement während der Sturmflut 1962 in Hamburg, sondern auch viele Stürme im politischen Leben gemeistert. Bis zuletzt war er tätig als Mitherausgeber der Wochenzeitung „DIE ZEIT“. Auch dort war er inspirierend und als kritischer Geist anerkannt.

Am Osteingang des Reichstagsgebäudes lag ein Kondolenzbuch für den verstorbenen Alt-Bundeskanzler aus. © Deutscher Bundestag / Achim Melde

Wir verlieren einen großen Sozialdemokraten und überragenden Staatsmann. Nie ließ er einen Zweifel daran, überzeugter Sozialdemokrat zu sein: „Auch als alter Mann halte ich mich an den Grundwerten des Godesberger Programms fest: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“, das war erst jüngst sein eindeutiges Bekenntnis.

